



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/92

24. April 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|---|------|
| Zum Schumanplan | S. 1 |
| US-Gewerkschaftler wieder in Trumans Rüstungs-Zentrale | S. 3 |
| "Brigadepässe" in der Getzone | S. 5 |
| Der Extrazug des Bundesverkehrsministers | S. 6 |
| Das Frankfurter Comisco-Programm | S. 7 |

Die Montanunion der "Festen Hand"

Von Dr. H. Lütken, M. d. B.

Nach Ansicht der SPD würde sich der Schumanplan in seiner jetzigen Gestalt, sollte er rechtsgültig werden, dahin auswirken, dass Deutschland auf Jahrzehnte volkswirtschaftlich in unerträglicher Weise geschädigt, dass darüber hinaus der Aufbau eines demokratisch geeinten Europas unmöglich gemacht würde.

Diese Gegnerschaft gründet sich auf eine Reihe von Überlegungen. Der Charakter des Planes hat sich gegenüber den ersten Anregungen Schumans entscheidend geändert. Es sollte eine überstaatliche Hohe Behörde werden, die "europäisch" arbeiten sollte. Die Zusammensetzung dieser Hohen Behörde sowie aller anderen Organe wird nach dem Vertrag nach nationalstaatlichen Gesichtspunkten erfolgen. Die Stellung des nationalstaatlichen Ministerrates wurde erheblich gestärkt. Eine Revision, ja eine Auflösung der Montanunion wurde vorgesehen. Es handelt sich also daher nicht mehr um einen Ansatz zu "Europa", sondern um einen kartellmässigen Zusammenschluss nationalstaatlicher Einzelwirtschaften, um eine Montanunion der Festen Hand.

Diese Montanunion wurde zu Beginn angepriesen als ein Mittel, in einem freien europäischen Markt eine Wirtschaft ohne Kartelle

und ohne die bei Kartellen üblichen Praktiken zum Schaden von Arbeitnehmern und Verbrauchern zu schaffen. Die Wahrheit ist, dass es sich bei der Montanunion um ein von der Hohen Behörde geleitetes Kartell handelt, dem alle Mittel der Kartell-Politik zur Verfügung stehen werden. Selbst die Preise wird es regulieren müssen. Denn die Hohe Behörde kann nicht, wie sie soll, Produktionsbeschränkungen oder Ausweitungen anordnen, ohne gleichzeitig über die Preise zu befinden. Dies Kartell soll vollbringen, was bisher noch niemand vollbrachte, nämlich, einen freien Markt mit Planwirtschaft, Produktionskontingenten, Ausfuhrkontingenten und Preisfestsetzung verbinden. Der freie Markt wird natürlich dabei auf der Strecke bleiben.

Aus diesem Kartellcharakter der Montanunion erklärt es sich denn auch, warum praktisch keine Form der Organisation gefunden wurde, die Arbeitnehmern und Verbrauchern einen angemessenen Einfluss sichern würde. Dass man ihren Einfluss um der beabsichtigten monopolistischen Kartellpolitik wegen ausschliessen wollte, zeigt sich deutlich darin, dass darauf verzichtet wurde, regionale Zwischenglieder zwischen der Hohen Behörde und den Unternehmungen aufzubauen, wo allein Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen eine wesentliche Mitbestimmung hätten ausüben können.

Die Montanunion hat eine fatale Ähnlichkeit mit dem europäischen Stahlkartell zwischen den Kriegen bekommen. Es gibt nur einen wesentlichen Unterschied, der nicht im Wirtschaftlichen liegt. Nicht mehr die Unternehmernagnate, sondern technische Experten und Beamte werden die Politik des monopolistisch wirkenden Kartells bestimmen. Es handelt sich um einen Sieg der Technokraten über die Privatunternehmer. Für Verbraucher und Arbeitnehmer bedeutet das keinen Gewinn. Denn diese Technokratie wird nicht nur nicht durch Gewerkschaften oder Verbraucher, sondern auch nicht einmal durch das vorgesehene Montan-Parlament kontrolliert werden können, das bewusst schwach gehalten wurde. Darüber hinaus ist auch noch ein wesentlicher Teil der Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten, also etwa Deutschlands, der Kontrolle und Einflussnahme durch das gewählte Parlament entzogen.

Die französischen und deutschen Wirtschaftsinteressen sind mit oder ohne Schumanplan nicht solidarisch, sondern gegensätzlich. Sie in einem übernationalen Zusammenhang aufzulösen, wäre die Aufgabe.

gewesen. Die Montanunion der Festen Hand wird sie nicht auf höherer Ebene zusammenführen. Ihr Grundgedanke, der sich durchgesetzt hat, ist der, aufgrund der augenblicklichen politischen Zwangssituation und der durch den Krieg in Deutschland geschaffenen wirtschaftlichen Notsituation eine Apparatur zu schaffen, welche die Vorherrschaft Frankreichs auf dem Gebiete der Kohlen- und Eisenwirtschaft für die Zukunft festhalten soll. Diese Konstruktion wird und soll Deutschland hinsichtlich der Ausdehnung seines Produktionsvolumens und der Beschäftigung seiner übermässig angeschwollenen Bevölkerung allergrösste Schwierigkeiten schaffen.

Die Mechanik der Monnetschen Montanunion ist leicht zu beschreiben. Herr Monnet ist der französische Technokrat, der die französische Stahlproduktion auf Kosten der deutschen Stahlproduktion auf etwa 15 Mill. t steigern wollte. Das ist ein Verfahren entgegen allen natürlichen Voraussetzungen einer maximal billigen Stahlherstellung auf dem europäischen Kontinent. Trotz Verwendung riesiger Marshallgelder ist das noch nicht gelungen. Der Schumanplan soll den Monnetplan vollenden und damit gleichzeitig die deutsche Stahlproduktion unter ihren Vorkriegsstand von 16 Mill. herabdrücken. Es ist unter weltwirtschaftlichen Bedingungen in Friedenszeiten nämlich nicht möglich, dass die beiden Länder jährlich je 15 bis 16 Mill. t absetzen.

Unter dem Monnetschen Plan, der als Europaplan vorgestellt wird, aber ein Plan der französischen Vormachtstellung ist, wird ein Sog in Bewegung gesetzt werden, der den Ruhrkoks in die Hochöfen Frankreichs leiten wird. Ein Mittel dafür ist die Zerreissung der Verbundwirtschaft Kohle-Hochofen, auf welcher die technische und kostenmässige Rationalität der Ruhrindustrie beruht. Das sorgt für die Niedrighaltung der Stahlproduktion an der Ruhr. Ein anderes Mittel ist die Zerschlagung des zentralen Kohlenverkaufs in Deutschland, die zur Stilllegung von Zechen an der Ruhr führen wird, weil dieser zentrale Kohlenverkauf den Absatz auch geringerer, aber in den Gestehungskosten teurerer Sorten erst ermöglicht. Ein drittes Mittel ist die völlige Investitionskontrolle der Montanunion, wenigstens für Deutschland, wo die Industrie für lange Zeit keine Eigenmittel zum Aufbau grösser Neuanlagen haben wird.

Auch aus diesen Erwägungen ist die vorgeschlagene Montanunion aus europäischen Gründen unverantwortlich. Denn der Druck und die Last, die der deutschen Wirtschaft auferlegt wird, die Arbeitslosigkeit, welche das politisch bestimmte Kartell dem Ruhrgebiet aufzwingen wird, werden in der Richtung wirken, dass sich dieser Druck auf unsere wirtschaftliche und soziale Lage psychologisch umsetzen wird in erhöhte soziale Spannungen mit einem nationalistischen, antieuropäischen Drall. Gerade als Europäer sind wir Sozialdemokraten auch unter diesem politischen Aspekt mit allen Mitteln gegen den Schumanplan.

Ein Sieg der amerikanischen Gewerkschaften

N. St., New York, im April.

Als der schleichende Konflikt zwischen den amerikanischen Gewerkschaften und der Regierung Truman über Durchführung und Organisation der amerikanischen Industrie-Mobilmachungspolitik offen ausgebrochen war, hatten die Gewerkschaften ihre Vertreter aus den verschiedenen Organen und Kommissionen in der Maschinerie des "Mobilmachungszars" Charles Wilson abberufen, um ihren Protest gegen Wilsons Sozial- und Wirtschaftspolitik, Anti-Inflationsmassnahmen und Lohn-Stopverordnungen zu unterstreichen. Sechs Wochen später nahmen die Gewerkschaftsvertreter, gerufen von Präsident Truman, wieder ihren Platz in der Hierarchie des Wirtschaftskontroll-Apparates ein, auf ehrenvollen und einflussreichen Platz nahezu an der Spitze der behördlichen Pyramide.

In dieser kurzen Zeitspanne haben die Gewerkschaften einen prinzipiell wichtigen Sieg errungen, - ohne Streiks, ohne grosse Worte, sondern einfach auf Grund ihrer geschickten Taktik des stillen Wartens - und dank ihrer erfolgreich etablierten Einheitsfront, die es dem Verhandlungspartner - Wilson und dem ihm unterstellten "Stabilisierungskommissar" Eric Johnston - unmöglich machte, in die gewerkschaftliche Front einen Keil zu treiben und den einen Verband gegen den anderen auszuspielen. Kritiker der gewerkschaftlichen Taktik und Sprecher der Arbeitgeberorganisationen sagen heute, die Gewerkschaften hätten einen Sieg über den Staatsapparat und über die Staatsautorität errungen, während die Gewerkschaften selber, sehr viel zurückhaltender, erklären, sie hätten lediglich manifestieren wollen, dass man gegen sie nicht regieren, und vor allem ohne ihre aktive Mitarbeit kein Programm der nationalen Kraftanstrengung und der industriellen Mobilmachung durchführen kann.

Die gewerkschaftlichen Vorwürfe gegen den "Apparat Wilson" kritisierten vor allem seine Politik des Preis- und Lohnstops, die die Inflation zwar verlangsamt und gebremst, aber nirgends völlig besiegt hat, und die Arbeitnehmer und Postbesoldete hart trifft. Darüber hinaus wurde Wilson vorgeworfen, als Vertreter des Unternehmertums von Anfang an die Gewerkschaften sabotiert, als fünftes Rad am Wagen

betrachtet und nur mit zweitrangigen Aufgaben in seinem Büro betraut zu haben.

Die Gewerkschaften "kündigten" also ihre Mitarbeit auf und warteten. Das "Zentralkomitee für gewerkschaftliche Politik", dem beide grossen Gewerkschaftsverbände angehören, die A.F.o.L. und die C.I.O., sowie die verschiedenen unabhängigen Einzelverbände, formulierte in imponierender Geschlossenheit eine einheitliche Marschroute und einer solchen Manifestation konnte und wollte sich Truman nicht widersetzen. Er lud die Sprecher des "Zentralkomitees für gewerkschaftliche Politik" zu sich ins Weisse Haus - und im Anschluss daran verkündete er die Rückkehr der Gewerkschaften in die Hierarchie Wilson.

Truman gründete einen "Beirat für Mobilisierungsfragen", der aus je vier Gewerkschaftlern, Industrievertretern, Farmern und Vertretern des "Publikums", d.h. der Konsumenten, besteht und dem Charles Wilson, als 17. Mitglied und Vorsitzender angehören wird. Dieser Rat, dem alle einschlägigen Fragen zur Begutachtung vorzulegen sind, wird zweimal monatlich zusammentreten und zwar in Anwesenheit Trumans. Die Gewerkschaften können zwar unter diesem neuen System Entscheidungen Wilsons, der oberster Chef des ganzen Mobilmachungsprogramms bleibt, nicht umstossen, aber sie können sie erheblich beeinflussen, und sie haben, was im amerikanischen Behördenaufbau immer von entscheidender Bedeutung ist, das, was man "den direkten Weg zum Ohr des Präsidenten" nennt, und an dessen Autorität sie in jeder Frage appellieren können.

Interessanterweise ist die gesamte Presse, auch die Organe der Börse und der Wirtschaft, mit dieser Lösung des Konfliktes sehr zufrieden - wenigstens was die Auswirkungen für den Gang der industriellen Produktion betrifft. Abseitsstehende und unzufriedene Gewerkschaften, mit ihren mehr als 15 Millionen Mitgliedern, sind stets ein potentieller Gefahren- und Krisenherd - während man jetzt auf eine loyale und einigermaßen reibungslose Zusammenarbeit hofft.

+ + +

Pressekonferenz mit Dr. Schumacher in Oldenburg

(sp) Anlässlich einer Wahlkundgebung in Oldenburg findet am Montag, den 23. April um 12 Uhr, im Hotel Fischer, Oldenburg, Lange-
strasse, eine Pressekonferenz mit Dr. Kurt Schumacher statt.

+ + +

- 5 -

"Brigadepass"

(sp) In die volkseigenen Betriebe der Ostzone ergehen jetzt neue Befehle zur verstärkten Aktivistenarbeit. Jede Normerfüllung löst automatisch eine höhere Norm aus, ohne dass jemand sagen könnte, wo die Höchstgrenze liegt.

So fordert die kürzlich von einer Koskau-Reise zurückgekehrte Delegation des kommunistischen "Freien Deutschen Gewerkschafts-Bundes" eine weit intensivere Aktivistenarbeit in der Ostzone als bisher. In den volkseigenen Betrieben sollen in Zukunft - getreu nach sowjetischem Vorbild - Anschauungstafeln über die Organisation der Kowaljow-Methode (benannt nach dem sowjetischen Über-Aktivisten) angebracht werden. Die sowjetischen Arbeitsmethoden müssten, so heisst es in einer Stellungnahme der Delegation, "weit kühner als bisher angewendet werden". Die Anwendung der Bestleistungen der sowjetischen "Arbeitsneuerer" Stachanow, Bykow, Rossijskij und Kowaljow sollte Ziel aller Volksbetriebe sein.

Einen weiteren Höhepunkt in diesem Antreibersystem stellt die Ausgabe von "Brigadepässen" dar, zukünftig eines der wichtigsten Ausweispapiere neben dem Personalausweis. Dieser "Brigadepass", der im Laufe dieses Jahres an alle Arbeiter der industriellen "Schwerpunktbetriebe" ausgehändigt werden soll, wird alle "Aktivistenleistungen", die Zahl der "Sonderschichten", die "Normerfüllungen", eingegangene "Sonderverpflichtungen" sowie die Fehlleistungen enthalten. Durch eine laufende genaue Kontrolle der "Brigadepässe" soll die "Arbeitsaktivität" eines jeden Werktätigen jederzeit überprüft werden können.

+ + +

Mit Über-Soll in den 1. Mai

(sp) Zur Feier des 1. Mai haben in Polen, wie der Polnische Pressedienst meldet, alle Schichten der werktätigen Bevölkerung eine Reihe von zusätzlichen Produktionsverpflichtungen übernommen, die sogenannte "1.-Mai-Tat". Die Bergarbeiter von Rybnik und Chorzow haben sich verpflichtet, bis zum 1. Mai eine Mehrproduktion von 195.000 t Steinkohle beizusteuern, 200.000 Textilarbeiter von Lodz wollen zusätzliche Waren im Werte von 30 Mill. Zloty produzieren und

46 Betriebe der Wojewodschaft Byagoszcz haben Mehrproduktionsverpflichtungen im Werte von 8 Mill. Zloty, 31.000 Arbeiter von Stettin eine Mehrproduktion von 11 Mill. Zloty übernommen. 2.000 Bauernhöfe der Wojewodschaft Lodz werden "Friedens"-Sonderschichten leisten. Dann wird der 1. Mai gefeiert.

+ + +

"Deutsche an einen Tisch"
- - - - -

hi. Mit Schlagworten und - Schlagbäumen machen die einschlägigen Politiker der Sowjetzone ihre Politik. Nur, dass die Schlagbäume eine andere Sprache sprechen als die Schlagworte. Oder, dass die Bäume schlagend beweisen, was mit den Worten gemeint ist.

Weststaaken, bisher zu West-Berlin gehörig, wurde in Ost-Berlin eingemeindet. Die Folgen: 1. den Weststaakener Kindern wird schlagartig der Besuch der West-Berliner Schulen untersagt, 2. die Verbindung mit West-Berlin wird durch Vorverlegung der Schlagbäume unmittelbar an die neue Sektorengrenze unterbunden. Alles unter dem Motto des sowjetzonalen Propagandaschlagers: "(Westberliner-)Deutsche an einen (Ostberliner-) Tisch".

"Die De-De-Er kommt uns immer näher, und sei es mit Schlagbäumen", quittierte diese Vorgänge ein schlagfertiger Berliner. Man kann noch hinzusetzen: Jetzt müsste auch dem politisch Unbeschlagenen ein Schlaglicht aufgehen.

+ + +

Sonderwagen, aber ohne Smoking
- - - - -

(sp) Bundesverkehrsminister Seeborn hat kürzlich eine Einladung zu einem Empfang der Auslandspresse in Bonn ausschlagen müssen, weil er, wie er verlauten liess, keinen passenden Abendanzug habe. Einen Abendanzug habe er deshalb nicht, weil er alles, was er von seinem Einkommen erübrige, den Flüchtlingen zukommen lasse.

Endlich einmal ein Minister, wird man sagen, dem die Repräsentation nichts, das Empfinden für die Vertriebenen alles bedeutet, sogar unter Verzicht auf einen eigenen Smoking. Dabei ist Dr. Seeborn zu soviel Großsinnigkeit gar nicht verpflichtet, denn, obwohl aus dem Osten stammend, hält sich der heutige Bundesverkehrsminister bereits seit 1938 im Westen auf und die Behörden kämen in arge Ver-

legenheit, wollte Dr. Seaborn einen Flüchtlingspass beantragen.

Als vor wenigen Tagen im Bundestag der Etat des Verkehrsministeriums beraten wurde, kam zutage, dass Dr. Seaborn über einen eigenen Sonderwagen mit teppichbelegtem Schlafzimmer, Clubzimmer, Arbeitszimmer, mit Küche und Bad verfügt. Natürlich auch über ein Dienstauto.

Hoffentlich hat der Minister einen passenden Anzug für den Sonderwagen und hoffentlich ist dieser Sonderwagen schalldicht isoliert. Sonst könnte den Herrn Minister das Gelächter der Flüchtlinge stören, das seinen Sonderwagen auf der Reise begleitet.

+ + +

Das Programm der Frankfurter Comisco-Konferenz

(sp) Die alljährlich stattfindende Internationale Sozialistische Konferenz wird zum 8. Male nach Beendigung des Krieges in der Zeit vom 30.6. bis 3.7. erstmalig in Frankfurt zusammentreten. Sie wird die Gründungskonferenz der Sozialistischen Internationale sein und daher besondere historische Bedeutung haben.

Die vorläufige Tagesordnung umfasst die folgenden Punkte:

1. Bericht des geschäftsführenden Sekretärs über die Tätigkeit der Internationalen Sozialistischen Konferenz.
2. Liberalisierung des Handels (Bericht über die 5. Wirtschaftsexperten-Konferenz).
3. Integrierung der europäischen Landwirtschaft (Bericht über die 6. Wirtschaftsexperten-Konferenz).
4. Europäische Einheit (Bericht über die Studienkommission über europäische Einheit).
5. Die Konstituierung der Internationale.
6. Erklärung der Prinzipien des demokratischen Sozialismus.
7. Sozialistische Weltaktion.
8. Der Kampf für den Frieden.

Der Vollkonferenz werden eine Reihe von anderen Konferenzen vorausgehen. Die Entwurfskommission der Prinzipienklärung des demokratischen Sozialismus wird vom 25. bis 27.6. tagen, um den endgültigen Entwurf der Vollkonferenz vorzulegen. Dieser Entwurf wird kein Aktionsprogramm der Sozialistischen Internationale darstellen, sondern lediglich in Form von allgemein akzeptierten Thesen die Prinzipien umreißen, auf deren Basis alle demokratischen sozialistischen Parteien der Welt ihre Politik und Tätigkeit leisten können.

Vom 27. bis 28.6. wird die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz tagen. Ihr schließt sich die Comisco-Konferenz vom 28. bis 29.6. an.

Die Sozialistische Internationale umfasst zurzeit 34 Parteien mit rund 10 Mill. zahlenden Mitgliedern. Sie repräsentiert eine Wählermasse von fast 44 Mill. (Stand vom 31.12.50).

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt